

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 20 (1979)
Heft: 20

Artikel: Ungarn als Muster : die Teuerungswelle in Osteuropa : wo man aus der Not der Staatsverschuldung eine Tugend der Preisreform machen will
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094823>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Teuerungswelle in Osteuropa

Ungarn als Muster

Wo man aus der Not der Staatsverschuldung eine Tugend der Preisreform machen will

Ein Schweizer Tourist in Budapest fragte einen ungarischen Kellner, wie sich die Lebensmittelpreiserhöhungen dieses Sommers für ihn auswirkten. Der Mann antwortete unverblümt: «Ueberhaupt nicht. Ich stehe von jetzt an einfach doppelt so viel.»

Das ist altgewohnter Zynismus auf eine altgewohnte Situation. Aber der Fächer an Reaktionen reicht weiter. Bis zum Gefühl einer neuen, schlimmeren Lage. Ausdruck dafür ist ein böser Politwitz, der in mehreren osteuropäischen Ländern zirkuliert:

«Vor dreissig Jahren standen wir am Abgrund. Jetzt sind wir endlich einen Schritt weitergekommen.»

Merkpunkte

Preiserhöhungen sind in planwirtschaftlichen Verhältnissen (zentral vorgeschriebene Preise) als staatlicher Willensakt ein ganz direktes Politikum. Wie heikel es sein kann, haben die polnischen Unruhen von 1970 und 1976 gezeigt.

Die diesjährige «Anpassung» der Konsumpreise in der UdSSR und in Osteuropa hat da und dort Merkpunkte anderer Art gesetzt. Allesamt kommen sie im Falle von *Ungarn* vor.

- Die Inflation wird offen anerkannt. Bisher hatte man ihr Auftreten in sozialistischen Ländern geleugnet, aber sie lässt sich nicht länger tarnen.
- Die Preiserhöhungen finden in Lohn- und Zulagenergänzungen diesmal keine ebenbürtige Kompensation. Das bedeutet einen Rückgang des Realeinkommens. Die volkstümliche Tröstung mit der langsamen Besserung der materiellen Verhältnisse taugt plötzlich nichts mehr.
- Die systemtypische Subventionierung von

Grundnahrungsmitteln und Gütern des elementaren Bedarfs ist in Frage gestellt. Praktisch wird sie momentan «nur» reduziert, aber die offizielle Wirtschaftstheorie denunziert sie (in Ungarn) als blosser Verzerrung der Wirklichkeit und als Verschleuderung von Staatsmitteln. Anderswo spricht man vorsichtiger nur von Annäherung an marktgerechte Preise.

Was wieviel mehr kostet

Als am 30. September in Ungarn der Strom- und Gasbezug um ein Drittel teurer wurde, schloss dies eine Welle von Preissteigerungen ab, die den Sommer 1979 kennzeichnete, die grösste in 23 Jahren unter Kadar.

Die Teuerung begnügte sich nicht mit einer Anpassung an gestiegene Energiekosten, sondern hatte einen umfassenden Charakter. Betroffen wurden viele Nahrungsmittel, Baumaterialien, Möbel, Lederwaren, Automobile, Brennstoffe und etliche Dienstleistungen. Das Preisniveau für Konsumgüter ist insgesamt um 9 Prozent höher als zuvor.

Wie sehen die Preiserhöhungen im Detail aus? Am stärksten wirken sie sich für den Kleinverbraucher bei den *Lebensmitteln* aus, die durchschnittlich um 20 Prozent teurer geworden sind. Hier kann man auch einige konkrete Beispiele in der Landeswährung angeben und sie mit den Löhnen vergleichen: *Ein Arbeiter verdient monatlich etwa 3500 Forint.*

Das Kilo Brot ist von 3,60 auf 5,40 Forint gestiegen, also um 50 Prozent, das Kilo Mehl von 4,60 auf 6,60 Forint (um 36 Prozent).

Das Fleisch ist durchschnittlich um 30 Prozent teurer geworden; Fleischwaren kosten durchschnittlich um 21 Prozent mehr. Beispiele: Für Schweinskoteletts zahlte man früher 58 Forint

Jahrelang hatte man in Osteuropa versichert, sozialistische Länder seien von ihrer Natur aus gegen Inflation gefeit. Das war schon ehemals eine Unwahrheit, aber nunmehr ist es so flagrant zur Lüge geworden, dass sie nicht einmal mehr als propagandistische Fiktion taugt. Osteuropa ist in diesem Sommer und Herbst in einen Teuerungssog geraten, der sogar den Nachholbedarf an Lebensstandard-Entwicklung in Frage stellt. Dem Druck der «objektiven Umstände» (Anstieg auch der sowjetischen Erdölpreise, Auslandverschuldung, Grenzen der Subventionswirtschaft) hat man in verschiedenen Ländern auf verschiedene Weise Rechnung getragen. In Ungarn hat man die Rechnung sogar ziemlich offen präsentiert, was einen besseren Einblick in die Krise der «sozialistischen» Preismechanismen gestattet.

pro Kilo, nunmehr 80 Forint (44 kg = 1 Monatslohn). Ein Kilo Gyula-Salami kostet jetzt 136 statt wie bisher 100 Forint. Die Geflügelpreise sind um durchschnittlich 8 Prozent gestiegen.

Milch und Milchprodukte sind um 20 Prozent teurer geworden. Ein Liter Milch kostet jetzt 6 statt 5 Forint. Unverändert bei 60 Forint pro Kilo blieb der Butterpreis; man kann also immer noch für einen Taglohn fast zwei Kilo Butter kaufen.

Immer pro Kilo sind die Preise für Zucker von 14,20 auf 17,50 (23 Prozent), für Salz von 2,30 auf 3,80 Forint, für Paprika von 118 auf 151 Forint gestiegen. Konserven und Tiefkühlprodukte sind um durchschnittlich 19 Prozent teurer geworden. Auch andere Lebensmittel kosten jetzt mehr, zum Beispiel Zitrusfrüchte. Unverändert blieben die Preise dagegen für Tee und Kaffee.

Auf dem *Energiesektor* sind die Preissteigerungen (durchschnittlich 34 Prozent) besonders spürbar. Sie betragen 20 Prozent für Kohle und Gas, 30 Prozent für Heizöl und 51 Prozent für elektrischen Strom. Auch die energieabhängigen Dienstleistungen sind massiv verteuert worden. Für Zentralheizung und Warmwasseraufbereitung muss der Verbraucher 40 Prozent mehr zahlen als zuvor.

Nahrungsmittel und Heizstoffe machen den wichtigsten Teil der Teuerung aus, die indessen noch zahlreiche *andere Güter* umfasst.

Hier die Erhöhung in andern, immer noch wichtigen Fällen (Durchschnittswerte): Seife und Waschmittel 19 Prozent; Baumaterialien 12—40 Prozent, Mobiliar 16 Prozent; Schuhe 27 Prozent; andere Lederwaren 20—25 Prozent; Autos 20 Prozent.

Mitbetroffen sind schliesslich auch die meisten Dienstleistungen. Lieferpreise sind durch den Entzug bisheriger staatlicher Subsidien erhöht

worden. Wäschereien und Reinigungsanstalten verlangen 30 Prozent mehr als bisher, und Schuhreparaturen werden gar um 45 Prozent teurer. Und endlich hat man auch die sogenannten «kulturellen Dienstleistungen» (Kinokarten usw.) um durchschnittlich 30 Prozent angehoben.

Kein voller Teuerungsausgleich

Wie man sieht, treffen die Preiserhöhungen in ihren Hauptteilen vor allem die Kleinverdiener, von denen es immer noch viele gibt. 1978 verdienten 27,4 Prozent der Arbeiter (und 41,9 Prozent aller weiblichen Arbeitskräfte — auch ein Fall zum Nachdenken) nur zwischen 2000 und 3000 Forint im Monat, und 6,9 Prozent der Arbeiter (11,3 Prozent aller werktätigen Frauen) kamen nicht einmal auf ihre 2000 Forint («Figyelő», Budapest, 11. 7. 1979).

Für diese Leute in erster Linie stellt sich die Frage, wie die Teuerung durch Lohnerhöhungen, Zulagen oder sonstige Einkommensverbesserungen kompensiert werden kann.

Solche Massnahmen sind denn auch erlassen worden, aber sie vermögen den Teuerungsschock nicht aufzufangen.

Arbeiter und Angestellte erhalten einen Teuerungsausgleich von 180 Forint im Monat (landwirtschaftlich Beschäftigte 140 Forint). Eine (steuerfreie) Zulage in gleicher Höhe erhalten Rentner, Studenten und Lehrlinge. Ueberdies hat man die Familienzulagen um 130 Forint erhöht (für zwei und mehr Kinder) oder in dieser Höhe neu eingeführt (für ein Kind). Für Teilzeitarbeit und Heimarbeit von Hausfrauen gibt es keinerlei Zuschüsse.

Wegen der Teuerung bei Baumaterialien offeriert man einen Ausgleich auf anderer Ebene. Wer privat bauen will (normalerweise ein Einfamilienhaus), kann grössere Darlehen erhalten. In Ungarn ist der private Anteil am Wohnbau mit 70 Prozent sehr gross und entlastet den Staat, der ihn deshalb in den letzten Jahren ermutigt hat.

Alles in allem ergeben die Ersatzleistungen keine vollen Entschädigungen, und schon gar nicht für Familien, die ihr Einkommen vorwiegend für Lebensmittel ausgeben müssen.

Nun ist die Reallohnentwicklung natürlich auch von andern Faktoren abhängig, insbesondere von der Arbeitsproduktivität. Zwischen 1974 und 1978 nahmen in Ungarn die Nominallöhne um

30 Prozent und die Reallöhne um 10 Prozent zu, bei einer generellen Verschiebung Richtung «mittlere Einkommen» (zwischen 3000 und 5000 Forint).

Die Bemühungen um Einkommensverbesserungen (immer noch weit unter dem westlichen Standard) via Rationalisierung und Automatisierung (sofern sie nicht zuviel Energie verbraucht...) können natürlich weitergehen, aber sowohl die Ausmasse als auch die Objekte der jüngsten Teuerung signalisieren eine Zäsur. Die fetten Jahre (die an westlichen Verhältnissen gemessen noch mager genug waren) scheinen vorzeitig zu Ende zu gehen.

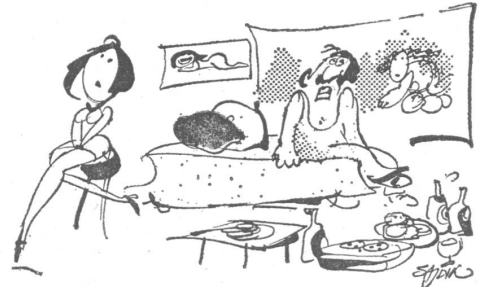
Bemerkenswerterweise suchen offizielle Kommentare den Teuerungseingriff nicht zu bagatelisieren. Der allgemeine Tenor lautet vielmehr: Wir dürfen nicht länger über unsere Verhältnisse leben.

Der stellvertretende Ministerpräsident Istvan Huszar nannte die beschlossenen Kostenzulagen lediglich eine «Milderung» der Last für Familien und Arbeiter mit kleinem Einkommen. «Grundlegend ausgeglichen werden» könne der Preisanstieg nur durch zusätzliche Anstrengungen der



Gebrannte Kinder. Sie: «In der Zeitung steht, dass man am 1. Januar eine neue Masseinheit einführen wird.» Er: «O je. Schon wieder eine Preiserhöhung.»

Nach vernebelten Teuerungen von früher muss man mit dieser Mentalität rechnen. Im Unterschied zur Sowjetunion hat man in Ungarn allerdings die Lehre gezogen und redet im Klartext von der Sache.



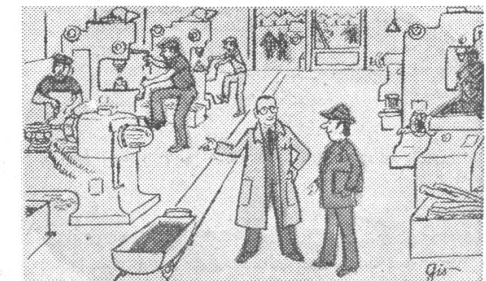
«Aber natürlich liebe ich dich, Jolanka. Sonst hätte ich doch keinen Salami extra für dich gekauft, bei den heutigen Preisen.» («Ludas Matyi», Budapest, 20. 9. 79).



Der Samstageinkauf. (Die benötigten Forint-Scheine füllen glatt einen Einkaufskorb.) («Ludas Matyi», Budapest, 20. 9. 79).



Auf dem sogenannten «freien Markt» in Budapest. Er entspricht dem «Kolchosmarkt» in der Sowjetunion. Hier verkaufen die Bauern Gemüse und Obst, das von ihren privat betriebenen Hofstellen (oder Nebenwirtschaften) stammt, direkt an die Städte. Im Unterschied zum staatlichen Detailhandel werden die Preise dabei durch das Spiel von Angebot und Nachfrage bestimmt.



Sprunghafte Entwicklung. «Wir haben die Qualität unserer Produkte so enorm verbessert, dass wir den Binnenmarkt nicht mehr zu beliefern brauchen.» («Ludas Matyi», Budapest, 20. 9. 79).

Benzinpreise in Osteuropa

Die Benzinpreise in Osteuropa sind dieses Jahr zwischen 50,0 Prozent (Tschechoslowakei) und 94,4 Prozent (Bulgarien) gestiegen.

Zur Zeit der ersten Oelkrise im Westen von 1973 hatte der tschechoslowakische Aussenminister Bohuslav Choupek noch offiziell verkündet, die tschechoslowakische Wirtschaft werde dank der Tatsache, dass sie ihr Oel aus der Sowjetunion beziehe, von der ausländischen Preistreibeerei nicht betroffen. Dann kam 1974 die erste Benzinpreiserhöhung in der CSSR. Und heute bezieht das Land sein Oel immer noch aus der UdSSR. Doch heute heisst es, dass sich auch die sozialistischen Länder den «internationalen Preissteigerungen nicht ganz entziehen» können.



In der Tschechoslowakei haben sich neben der Energie vorderhand nur einige Waren wie Kinderkleider und (allerdings massiv) die PTT-Leistungen verteuert. Dafür wurden die minimalen Altersrenten um 230 Kronen auf monatlich 1330 Kronen erhöht. Inzwischen kostet ein Telefonanschluss 2000 statt 600 Kronen, und die fixe Monatsgebühr ohne Gespräche 50 Kronen. Interessant ist es immerhin, dass man in der Tschechoslowakei nicht an die Lebensmittelpreise gerührt hat. Für die sowjetische «Normalisierung» hatte man der Bevölkerung relative materielle Tröstungen offeriert. Diese haben durch die Teuerung ohnehin schon an Wert verloren. Man traut sich nicht, sie den Leuten ganz wegzunehmen.

Teppiche als Kunstwerke.

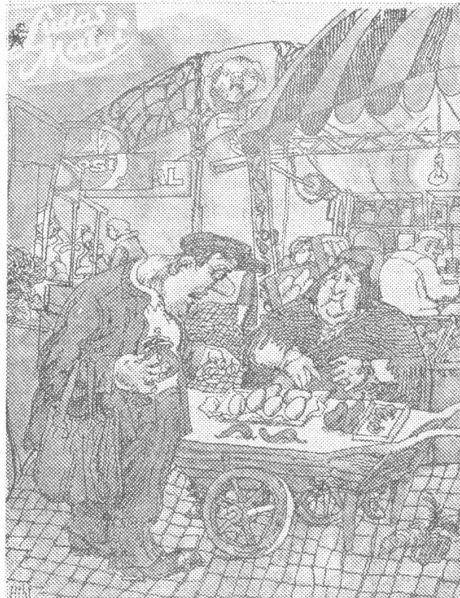
Wir haben im Orient Teppiche gefunden, die so einzig sind in ihrer Art, so wertvoll und schön, dass sie die Bezeichnung Kunstwerk ohne weiteres verdienen.

Weil sie so selten, alt und kostbar sind, haben wir diese Teppiche in einer Sammler-Kollektion zusammengefasst.

Wenn Sie Ihr gutes Geld in wertbeständigen, heute noch günstigen Teppichen anlegen wollen, sollten Sie das lieber heute als erst morgen tun.

Geelhaar

W. Geelhaar AG, Thunstrasse 7, 3000 Bern 6
Marktasse 42, 3011 Bern
Teppich-Showroom Zürich, Zweierstr. 35, 8004 Zürich



Auf dem «freien Markt» (der Bauern): «Bitte fünf Eier und eine Quarzuhr.» («Ludas Matyi», Budapest, 20. 9. 79).

Der Witz gründet auf der allgemeinen Erwartung, dass man auf dem «freien Markt» alles findet, was in den staatlichen Geschäften nicht zu haben ist. Wobei natürlich nur an Lebensmittel gedacht werden sollte. Die Komik besteht in der Uebertragung auf das falsche Objekt. Aber die volkstümliche Einschätzung der sozialistischen Marktverhältnisse kommt hier ganz schön zum Ausdruck.

ganzen Gesellschaft. Mit andern Worten: Es braucht mehr Arbeit, um den Reallohn auch nur zu halten.

System Futterbrot muss aufhören

Der internationale Konjunkturrückgang rührt im Westen an die Ueberflussgesellschaft; im Osten rührt er an das Existenzminimum.

Aber gleichzeitig ist dort schon rein technisch eine Systemkrise offenbar geworden. Gemeint ist das System der Preisbildung überhaupt. In ganz Osteuropa sucht man mehr oder weniger sachte davon abzürücken. In Ungarn ist die Absage am grössten und wird auch formuliert.

Die Billigpreise für Grundnahrungsmittel und bestimmte Bedarfsgüter waren früher allgemein ein Wahrzeichen des sozialistischen Wirtschaftens. Sie galten (und gelten bei westlichen Ost-Apologeten noch heute) als Ausdruck der sozialen Gerechtigkeit.

Das täglich Brot ist für die Volksnahrung das Symbol schlechthin. Entsprechend war in sozialistischen Verhältnissen die Bedeutsamkeit seiner Subventionierung durch den Staat. Und gerade das Brot ist in Ungarn um die Hälfte teurer geworden. Warum?

Weil man — um es am konkreten Beispiel zu sagen — jährlich 170 000 Tonnen Brot dem Vieh zur Nahrung vorsetzt. Denn Brot ist das billigste Tierfutter.

Ganz allgemein reizt das System der künstlichen Preise zu Verschwendung, Missbrauch und Betrug.

Und wenn ein Produkt unter seinen Gestehungskosten verkauft wird, ist das eine direkte Einladung zur fiktiven Produktion.

Klassisch geblieben ist das Beispiel der früheren sowjetischen Butterverbilligung. Die Kolchosen kauften aus dem städtischen Detailhandel preisgestützte Butter und verkauften sie dem Staat als Eigenproduktion, weil das die billigste «Herstellungsart» war. Man kam ihnen damals bei Kontrollen auf die Spur, weil der staatliche Handel seiner reinen Verkaufsbutter noch undeklarierte Ersatzstoffe beizumischen pflegte, aber selbst abgesehen von dieser nicht so untypischen Fahndungsmethode ist es klar, dass der unproduktive Kontrollapparat von der Bevölkerung bezahlt werden muss und in seinen menschlichen Bestandteilen erst noch korrumpierbar bleibt.

1978 erreichten in Ungarn die staatlichen Preis- und Dienstleistungssubsidien eine Gesamthöhe von 40 Milliarden Forint. Vorerst kann es also gar nicht darum gehen, sie abzuschaffen, sondern nur darum, sie abzubauen (nach provisorischer Schätzung auf die Hälfte).

Die eigentliche Preisreform ist das noch nicht. Sie soll 1980 am andern Ende der Kette einsetzen: bei den Produktionspreisen, die marktgerecht und mindestens kostendeckend gestaltet werden sollen, schon weil künstliche Produktionspreise keinen brauchbaren Indikator für die Betriebsrentabilität zulassen. Wie sich das am Ende von Ueberwälzungsprozessen für den Konsumenten auswirken wird, bleibt ungewiss. Möglicherweise werden ab nächstem Jahr eine Anzahl von industriellen Konsumgütern aufschlagten, die von der jüngsten Teuerung ausgespart worden sind.

Preisfrage im Sowjetquiz

Es ist möglich, dass die Preiserhöhungen im Sowjetlager ihre grössten Auswirkungen in der UdSSR selbst haben. Es ist sicher, dass ihre Darstellung von einer so unmöglichen Verlogenheit war, dass sie schon eher nach Verzweiflung als nach Raffinement riecht.

Als ob es um den Goldring ginge ...

Tass-amtlich ist es beim Communiqué vom 1. Juli über «Erhöhungen von Detailhandelspreisen für einige Waren in der UdSSR» geblieben. Die Methode bestand darin, als Beispiele einige Luxuswaren oder «Luxuswaren» namhaft zu machen und die Verteuerung dieser relativ unerheblichen Dinge ausführlich zu begründen (Nachfrageüberhang, Sortimentverbesserung), wogegen der relevante Preisanstieg zusammenfassend so erläutert wurde, dass weitere Regulierungen den eigentlichen Bedarf nicht tangierten.

Mit akribischer Genauigkeit wurden folgende Er-